

Rede von
Prof. Dr. Andreas Pinkwart,
stellv. Bundesvorsitzender der FDP,
zur Einbringung des Leitantrags zum Bundesparteitag
„Initiative für mehr Forschungsfreiheit in Deutschland“
am 31. Mai 2008 in München

Die großen **Herausforderungen** unserer Zeit, der Klimawandel, die weiter steigende Erdbevölkerung, die Knappheit natürlicher Ressourcen oder auch die Heilung großer Volkskrankheiten können wir nur friedlich und sozialverträglich bestehen, durch beste Bildung, Forschung und Technologie.

Als eine der führenden Industrienationen der Welt können wir unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften nur erhalten und ausbauen, wenn wir künftig auch ohne Subventionen um so viel besser bleiben, wie wir teurer sind.

Bildung, Wissenschaft und Forschung benötigen hierzu vor allem zweierlei:

Mehr Freiheit und mehr Geld.

Dazu gehört zu aller erst, dass wir an dem **3 %-Ziel** des Lissabon-Prozesses festhalten.

Während Finnland, Schweden oder auch Japan dieses Ziel bereits erreicht haben und gerade Länder wie China oder Indien ihre FuE-Investitionen massiv erhöhen, befindet sich Deutschland noch in einer Aufholjagd.

In dem weltweiten Wettbewerb um beste Köpfe und attraktivste Rahmenbedingungen müssen Staat und Wirtschaft ihre Anstrengungen für **Forschung und Technologie** weiter steigern.

Dabei müssen wir vor allem den jungen Menschen bessere Chancen bieten. Wichtig ist hierbei, die **Hochschulen** jetzt schnell auf die steigenden Studienanfängerzahlen in den kommenden Jahren qualitativ vorzubereiten.

Und dazu gehört mit Einführung der zeitintensiven Bachelor/Master-Studiengänge sowie von Studienbeiträgen auch ein **leistungsförderndes Stipendiensystem**, wie es von Politik und Wirtschaft immer wieder gefordert wurde.

Die FDP hält hier Wort. Mit einem gezielten Anreizsystem für die Hochschulen und die Wirtschaft wollen wir erreichen, dass der Anteil der Studierenden mit Stipendium von jetzt noch unter 2 % schrittweise auf 10 % erhöht wird. Dies haben wir sowohl im Deutschen Bundestag als auch in den Bund-Länder-Gremien als Antragsinitiative eingebracht.

In unserem Land darf kein Talent verloren gehen. Daher fordere ich Union und SPD auf, jetzt über ihren Schatten zu springen und den Weg frei zu machen, damit unsere jungen Talente – wie in anderen Ländern auch- bestmöglich gefördert werden.

Neben der **Gestaltungskraft** brauchen wir aber auch die nötige **Gestaltungsfreiheit**.

Trotz Forschungsfreiheit im Grundgesetz wimmelt es in der Realität nur so vor Reglementierungen, Beschränkungen und bürokratischen Hürden. Jede einzelne Fessel für sich genommen mag gar nicht so schlimm erscheinen.

In der Summe halten sie unser Wissenschafts- und Forschungssystem mit unzähligen kleineren und größeren Stricken wie **Gulliver** gefesselt und bremsen es aus.

Diese Problemanalyse teilt offenbar selbst die Bundesregierung. Ich zitiere die Bildungsministerin Frau Schavan: „Das bisherige Regelungswerk behindert die weitere Entfaltung und die weitere Internationalisierung“.

Lassen Sie mich an einigen Beispielen deutlich machen, wo zu viel Bürokratie die Forschung lähmt:

Es ist in vielen Forschungseinrichtungen immer noch so, dass nicht einmal 10 Prozent der nicht bis Jahresende verausgabten Mittel auf das nächste Jahr übertragen werden dürfen.

Das **Dezemberfieber** ist die Folge. Hier werden Steuergelder am Jahresende vielfach vergeudet, nur um sie nicht zurückgeben zu müssen.

Wir wollen allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch Globalhaushalte die Freiheit geben, die Mittel endlich zielorientiert einsetzen zu können. Hier ist ein Systemwechsel dringend erforderlich.

Anrede,
In Zeiten der **Hochgeschwindigkeitsglobalisierung** gewinnen die Schnellen, nicht die Langsamen.

Wie kann es dann sein, dass die Entwicklung von **Forschungsbauten** heute immer noch 3 Jahre und länger dauert, obwohl dies auch in der Hälfte der Zeit möglich wäre? Aufwändige Plan- und Genehmigungsverfahren der Bundes- und Landesministerien und unorganisierte Verantwortlichkeiten, behindern hier die Forscherinnen und Forscher, die etwas erreichen wollen.

Durch eine zielgerichtete Entbürokratisierung könnten wir hier im Durchschnitt mindestens ein Jahr einsparen. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir Bürokratie fördern oder den Forschungserfolg beschleunigen!

Die Detailsteuerung der Bürokratie reicht bis zu Fragen der Anschaffung von Dienstwagen für das wissenschaftliche Leitungspersonal. Da wird sogar geregelt, welche Sonderausstattung welcher Führungsfunktion zusteht.

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel aus meinem Geschäftsbereich nennen, das aus der Zeit vor unserem Hochschulfreiheitsgesetz in NRW stammt:

Da wurde in einem Erlass geregelt, dass die Rektoren der Hochschulen in ihren Dienstwagen sowohl eine **Klimaanlage** als auch eine **Standheizung** für den Fahrer einbauen lassen dürfen. Die Kanzler mussten sich in ihren Fahrzeugen zwischen Klimaanlage und Standheizung entscheiden.

Mir wurde seinerzeit ein konkreter Fall vorgelegt, der bereits eine monatelange rechtliche Auseinandersetzung unter Einbindung mehrerer Ressorts hinter sich hatte. Viel gut bezahlte Arbeitszeit qualifizierter Menschen ist in diesen Vorgang geflossen:

Am Ende wurde auf der Grundlage eines ärztlichen Attests eine Ausnahmegenehmigung für Standheizung und Klimaanlage erteilt.

Liebe Freunde,
wir brauchen keine detaillierte Inputsteuerung, sondern endlich an ehrgeizigen Zielen ausgerichtete Ergebnissteuerung.
Leistungsorientierung und Vertrauen in unsere besten Köpfe sind auch die besten Voraussetzungen für Forschungsexzellenz.

In Nordrhein-Westfalen sind die Hochschulen durch unser Hochschulfreiheitsgesetz nicht länger nachgeordnete Behörden, sondern Körperschaften öffentlichen Rechts, die wie die Kommunen eigenständig entscheiden können: Beim Personal, bei den Finanzen und bei Organisationsfragen.

Für die dem Bund unterliegenden Forschungseinrichtungen, wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer- wie die Helmholtz-Gemeinschaft und viele andere, gelten nach wie vor die starren Bundesregelungen. Diese müssen wir beseitigen und das Dickicht schnell durchforsten. Starke Innovation durch mehr Freiheit und Verantwortung - das ist unser Ziel.

Anrede,
besonders lähmend sind die Begrenzungen im Personalbereich:
Der Nobelpreisträger **Theodor Hänsch**, Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik hier in München. Ein Spitzenwissenschaftler, der auch ein Spitzengehalt verdient hätte. Er dürfte nach geltendem Recht erst dann besser bezahlt werden, wenn er eine Zeit lang im Ausland leben und dann nach Deutschland zurück kommen würde.

Solche Regelungen wie auch das Besserstellungsverbot oder der Vergaberahmen sind nicht länger hinnehmbar und gehören abgeschafft, wenn wir es ernst meinen mit dem Wettkampf um die besten Köpfe.

Gleiches gilt für die immer noch viel zu starren Altersgrenzen. Als ich den Jülicher Forscher **Peter Grünberg** im letzten Jahr zu seinem Nobelpreisträger für Physik gratulieren durfte, berichtete er mir davon, dass er drei Jahre zuvor mit 65 Jahren in den Ruhestand versetzt worden sei und jetzt auf der Basis eines 400 Euro-Jobs die Post seines Nachfolgers sortiere.

Meine Damen und Herren, wenn wir weiter so mit unseren Spitzenwissenschaftlern umgehen, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn diese Deutschland den Rücken kehren.

Anrede,
die Bundesministerin hat den Forschungseinrichtungen bereits im letzten Jahr die Zusage gemacht, ein **Wissenschaftsfreiheitsgesetz** auf den Weg zu bringen. Obwohl wir dringend mehr Freiheit für unser Wissenschaftssystem brauchen, sieht es zur Zeit so aus, dass die **Große Koalition des Stillstands** auch dieses wichtige Vorhaben nicht mehr hinbekommt.

Weil sie wieder einmal der Bürokratie mehr vertraut als den Menschen in unserem Land.

Umso wichtiger ist es, dass wir **hier aus München** ein **klares Signal** für mehr Freiheit in Wissenschaft, Forschung und Innovation setzen.

Neben der Entbürokratisierung brauchen wir endlich eine **Entideologisierung** der Forschung.

Beispiel Stammzellforschung: So sehr ich die Entscheidung des Deutschen Bundestages als Gewissensentscheidung eines jeden einzelnen respektiere, so sehr ist die im April getroffene Entscheidung halbherzig. Für die Grundlagenforschung in Deutschland ist die Verschiebung des Stichtags auf den 1. Mai 2007 besser als nichts.

Für die medizinische Anwendungsforschung und klinische Erprobung bedeutet der neuerliche Stichtag jedoch Steine statt Brot. Wer zukünftig in Deutschland an embryonalen Stammzellen forschen will, muss ins Ausland gehen oder ist auf jene Linien reduziert, die bis zu dem Stichtag vorlagen.

Eine Entwicklungsperspektive für die Zukunft gibt es nicht. Das ist für den Forschungsstandort Deutschland bitter und birgt die Gefahr, international den Anschluss an die Spitzenforschung zu verlieren.

Das gilt auch für die **Energieforschung**, wo in den vergangenen Jahren ein fahrlässiger Raubbau an Kompetenzen stattgefunden hat, sowohl in der Kernsicherheitsforschung und der Entsorgungsforschung wie an der Erforschung der vierten Generation neuer Kraftwerke.

Und wir sollten mit der **Doppelmoral** aufräumen: Während Deutschland bislang eine Beteiligung an der Erforschung der Reaktoren der 4. Generation abgelehnt hat, werden gleichzeitig Steuergelder dafür eingesetzt, um europäische Programme auf diesem Gebiet zu finanzieren, an denen wir uns offiziell nicht beteiligen dürfen.

Anrede,
Deutschland gehört noch immer zu den Riesen in der Welt: in Wissenschaft und Forschung. Aber andere wachsen in rasantem Tempo. Umso weniger können wir uns leisten, dass Politik den Riesen an den Boden fesselt. Wenn wir jetzt die Fesseln lösen, die den Riesen daran hindern aufzustehen und sich wieder an die Spitze der Welt zu setzen, dann haben wir in Deutschland alle Chancen. Lassen Sie uns damit beginnen!